

Ihr Beitritt
unterstützt unsere
humanitäre Arbeit!

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich trete der
»Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen« als

- Einzelmitglied (jährlich öS 500,- Mitgliedsbeitrag)
- Firma/Institution (jährlich öS 5.000,- Mitgliedsbeitrag)
- Sponsor (jährlich öS 50.000,- Mitgliedsbeitrag)

bei.

Name:

Beruf:

Unternehmen (bei Firmenmitgliedern):

.....

Adresse:

Datum: Unterschrift:

Bitte einsenden an:
»Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen«
Zollergasse 30, A-1070 Wien

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1070
P.b.
123771W82U

Impressum: Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: »Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen«, A-1070 Wien, Zollergasse 30, Telefon: (+43-1) 526 78 10, Fax: (+43-1) 526 77 95. Homepage: <http://www.saar.at>. E-Mail: office.vienna@saar.at, office.jerusalem@saar.at und f.edlinger@saar.at. Präsident: Mag. Karl Schlögl. VizepräsidentInnen: Univ.-Prof. Dr. Willi Brauner, Dr. Heide Schmidt, GS Abg.z.NR Dkfm. Günter Stummvoll. Schriftführer: Mustafa Abdul Hadi. Kassier: LAbg. Mag. Karl Wilfing. Generalsekretär: Fritz Edlinger. Grafik: Hilde Matouschek. Druck: Melzer GmbH, 1070 Wien, Kirchengasse 48.

Bulletin 2/2000

Der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen



Österreichisch-Omanische
Gesellschaft gegründet

Sehr geehrte Dame! Sehr geehrter Herr!

Ich habe bereits in der letzten Ausgabe unseres Bulletins auf die neu gegründete Österreichisch-Omanische Gesellschaft hingewiesen. Sie finden nun auf den folgenden Seiten einen ausführlichen Bericht über die Österreichische Kulturwoche in Maskat, der ersten Aktivität der Gesellschaft. Aus Gründen einer möglichst sparsamen Verwaltung, aber auch zur optimalen Koordination der Tätigkeit beider Gesellschaften, wurde eine Bürogemeinschaft zwischen der GÖAB und der Österreichisch-Omanischen Gesellschaft etabliert und ich selbst übe in beiden Gesellschaften auch die Funktion des Generalsekretärs aus. Für spezielle Anfragen im Zusammenhang mit dem Oman stehe ich Ihnen somit in Zukunft gerne zur Verfügung.

Diese enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Gesellschaften entspricht auch dem Verständnis, wonach die GÖAB in einem gewissen Maße als Dachgesellschaft fungiert, die aber auch bilaterale Aktivitäten setzen und koordinieren soll. Ich glaube, dass dies auch im Sinne unserer Sponsoren und der meisten Mitglieder der GÖAB ist. Übrigens besteht die Absicht, mit einer weiteren bilateralen Gesellschaft, nämlich der Österreichisch-Algerischen, eine ähnliche Zusammenarbeit zu vereinbaren. Näheres darüber werde ich schon in unserem nächsten Bulletin berichten können.

Wissenschaftliche Arbeit

In den vergangenen Wochen dominierte die wissenschaftliche Arbeit in der GÖAB. Einerseits wurde eine Studie über erneuerbare Energien in Tunesien (gefördert von der Österreichischen Kontrollbank/OeKB) abgeschlossen. Auch wenn die GÖAB hier nur als Sub-Auftragnehmer in einer größeren Projektgruppe tätig war, so stellte dieses Projekt für unsere

Gesellschaft eine neuerliche Bestätigung ihrer wirtschaftlichen Kompetenz dar. Um einiges arbeitsaufwendiger gestalteten sich die Abschlussarbeiten des von der GÖAB selbst initiierten und koordinierten Projektes über die Chancen der österreichischen Gesundheitsbranche in den arabischen Staaten. Auch dieses Projekt wurde aus den Mitteln des Studienfonds der OeKB finanziert. Der vorläufige Endbericht wurde in der letzten Märzwoche abgegeben und ich hoffe, dass wir die Studie bereits in den kommenden Wochen der Öffentlichkeit präsentieren werden können. Eine eigene Veröffentlichung ist nicht vorgesehen, da die gesamte Arbeit geistiges Eigentum der OeKB bzw. des Bundesministeriums für Finanzen ist.

Auf dem Publikationssektor gibt es aber doch zwei Neuigkeiten: Zum einen liegt nun die gedruckte Version der von der GÖAB durchgeführten und der Oesterreichischen Nationalbank finanzierten Länderstudie über Libyen vor. Diese ist vor wenigen Tagen im renommierten deutschen Wissenschaftsverlag Peter Lang erschienen. Die zweite Publikation stellt die Veröffentlichung eines Kapitels unserer Gesundheitsstudie dar und befasst sich mit dem Gesundheitssystem in Palästina. Nähere Informationen über die Publikationen finden Sie in diesem Bulletin!

Erfolgreiche Ausstellung über palästinensische Gegenwartskunst in Wien

Schließlich möchte ich noch über eine sehr erfolgreiche Ausstellung berichten, welche die GÖAB in den letzten März- und ersten Apriltagen in Wien veranstaltet hat. Unter dem Titel »Palestinian Artists Today« wurden im Wiener Veranstaltungszentrum WUK die Werke von insgesamt 11 palästinensischen KünstlerInnen ausgestellt. Die meisten der präsentierten KünstlerInnen sind Mitglieder des von der österreichischen Bundesregierung und



Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe eröffnete im Beisein der Künstlerin Rana Bishara die Ausstellung »Palestinian Artists Today«. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte der Musiker Marwan Abado.



unserer Gesellschaft unterstützten Kunstzentrums Al Wasiti in Ost-Jerusalem. Die Vernissage fand am 22.3. statt und wurde vom Wiener Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe durchgeführt. Die palästinensischen KünstlerInnen waren durch die junge Malerin Rana Bishara vertreten. Für die vom zahlreich erschienenen Publikum besonders akklamierte künstlerische Umrahmung sorgte der in Wien lebende palästinensische Sänger und Komponist Marwan Abado. Am 26.3. hatte Rana Bishara die Möglichkeit, ihr Werk der Öffentlichkeit zu präsentieren. Sie erläuterte vor allem den politischen Charakter ihrer Kunst sowie den der palästinensischen Gegenwartskunst im allgemeinen. Die israelische Besatzung und die Vertreibung vieler Hunderttausender Menschen aus ihrer Heimat habe dem palästinensischen Volk vieles von seiner Identität genommen, die Kunst stelle daher eine Gelegenheit dar, die Traditionen zu pflegen und politische und nationale Sehnsüchte zu entwickeln. Rana Bishara betonte auch, dass für sie – wie für viele andere palästinensische MalerInnen – die Verwendung von Materialien des täglichen Lebens und der natürlichen Umwelt ein politisches Bekenntnis darstellten.

Abschließend möchte ich noch jenen Institutionen und Firmen danken, ohne deren finanzielle Unterstützung diese Ausstellung nicht möglich gewesen wäre. Es waren dies das Bundeskanzleramt/Kunstsektion, die Gemeinde Wien und die Casino Austria AG.

Fritz Edlinger
Generalsekretär

P.S. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie darüber informieren, dass wir in Kürze übersiedeln werden. (Unsere neue Adresse lautet: 1150 Wien, Stutterheimstraße 16–18, Stiege 2, 5. Stock, Tel: 01/526 78 10) Sollten Sie uns in dieser Zeit nicht immer sofort erreichen, so ersuche ich bereits jetzt um Ihr Verständnis.

P.P.S.: Diesem GÖAB-Bulletin liegen wieder Zehrscheine bei. Durch eine Einzahlung auf dieses Konto unterstützen Sie ausschließlich und zweckgebunden unsere verschiedenen humanitären und medizinischen Projekte im Nahen Osten. Sollten Sie jedoch ein spezielles Projekt unterstützen wollen, so vermerken Sie dies bitte auf Ihrem Zehrschein. Wir bedanken uns im voraus für Ihre Spende!

Österreichisch-Omanische Gesellschaft gegründet

In unserer letzten Ausgabe haben wir bereits über die Gründung der Österreichisch-Omanischen Gesellschaft berichtet. Diese neue Gesellschaft wurde am 21.10.1999 gegründet und ihr gehören Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft an. Als Präsidentin wurde



Hoheit Sayyid Faisal bin Ali al Said und Dr. Hilde Hawlicek bei der Ausstellungseröffnung in Maskat.

BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek gewählt. Die neue Gesellschaft wird eng mit der GÖAB zusammenarbeiten, deren Sekretariat auch die organisatorischen Aufgaben der Österreichisch-Omanischen Gesellschaft betreuen wird. Zu den besonderen Anliegen der Gesellschaft gehört die weitere Förderung der kulturellen Kontakte, aber auch der Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen.

Österreichische Kulturwoche in Maskat

Die erste konkrete Aktivität der neuen Gesellschaft bestand in der Durchführung einer österreichischen Kulturwoche in Maskat vom 11.-19.2.2000. Im Rahmen dieser Kulturwoche wurden Werke folgender österreichischer MalerInnen ausgestellt: Ona B., Linde Waber, Valentin Oman und Otto Stainingner. Die höchst erfolgreiche Ausstellung wurde vom omanischen Kulturminister, Königliche Hoheit Sayyid Faisal

bin Ali al Said, gemeinsam mit Dr. Hilde Hawlicek vorgenommen. Im Rahmen der Kulturwoche fand auch ein Klavierkonzert des ausgezeichneten jungen Wiener Pianisten Clemens Zeilinger statt. Die Delegation der neuen Österreichisch-Omanischen Gesellschaft stand unter der Leitung von

Dr. Hilde Hawlicek und ihr gehörten noch folgende Damen und Herren an: Abg.z.NR Dr. Kurt Heindl, Abg.z.NR Dr. Günter Stummvoll, BR Albrecht K. Konecny, Dr. Olga Sarantopoulou, Dr. Josef Kirchberger und GÖAB-Generalsekretär Fritz Edlinger. Sie wurde vom omanischen Botschafter in Wien, S.E. Salim al Riyami, und dem Presseattaché an der omanischen Botschaft in Wien, Jahed Karim, begleitet.

Neben den erwähnten kulturellen Veranstaltungen wurde auch ein politisches und wirtschaftliches Programm absolviert. Das politische Programm bestand im wesentlichen aus Gesprächen mit den Präsidenten des omanischen Parlaments (Majlis Ash-Shura) und des omanischen Senats (State Council). Der wirtschaftliche Teil des Programmes bestand aus einem ausführlichen Gespräch mit führenden Vertretern der Handelskammer sowie einem Besuch des hoch interessanten Middle East Desalination Research Center.



Zahlreiche Ehrengäste folgten dem Konzert des jungen Wiener Pianisten Clemens Zeilinger.

Die Delegation wurde vom österreichischen Botschafter, Dr. Clemens Coreth, der sein Amt erst wenige Tage zuvor offiziell angetreten hatte, äußerst aktiv und initiativ unterstützt. Ohne seine Mitwirkung wäre die gesamte Woche sicherlich nicht so erfolgreich verlaufen. Auch der österreichische Handelsdelegierte im Oman, Dr. Nikolaus Seiwald, nahm an einigen der Gespräche teil.

Schließlich sei noch erwähnt, dass während des Aufenthaltes der österreichischen Delegation auch ein von VAMED Engineering errichtetes privates Spital offiziell übergeben worden ist. Die feierliche Übergabe fand im Rahmen eines Wiener Operettenabends im Hotel Intercontinental in Maskat statt. Diese erste Aktivität der Österreichisch-Omanischen Gesell-



Hoheit Sayyid lud die österreichische Delegation auf seine private Farm ein.

schaft hat sicherlich den Beziehungen der beiden Staaten, die bislang mit Ausnahme einiger kultureller Veranstaltungen und Projekte nicht allzu intensiv gewesen sind, einen starken Impuls verliehen. Es ist anzunehmen, dass es in Zukunft sowohl auf staatlicher, wie auf privater Ebene zahlreiche Aktivitäten geben wird. Von omanischer Seite ist ein Besuch Seiner Königlichen Hoheit Sayyid Faisal bin Ali al Said noch vor dem Sommer sowie des Präsidenten des Senates im Herbst angekündigt.

Eine österreichische Wirtschaftsdelegation wird im Mai den Oman besuchen. Folgende Institutionen/Unternehmen unterstützten die österreichische Kulturwoche im Oman: BKA-Kunstsektion, BM für Auswärtige Angelegenheiten, Bank Austria Creditanstalt und Münze Österreich. ❖

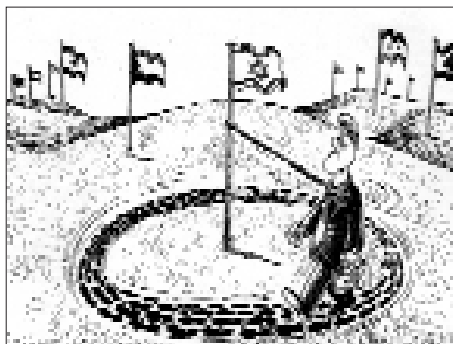
Der Vorstand der Österreichisch-Omanischen Gesellschaft

| | |
|--------------------|---|
| Präsidentin: | BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek |
| Stellvertreter: | Dr. Josef Kirchberger Vorstandsdirektor DI Kurt Meyer |
| Generalsekretär: | Fritz Edlinger |
| Stellvertreterin: | Dr. Olga Sarantopoulou |
| Schatzmeister: | BR Albrecht K. Konecny |
| Stellvertreter: | Abg.z.NR KR Kurt Eder |
| Beisitzer: | Ona B. Präs. Dr. Heinrich Neisser Dr. Jurra Seifert-Unkart GS Abg.z.NR Dr. Günter Stummvoll Linde Waber |
| Rechnungsprüfer: | Vorstandsdir. Mag. Wolfgang Nölscher |
| Vorstandsdirektor: | DI Dr. Stefan Zapotocky |

(Weitere Informationen erhalten Sie über das Büro der GÖAB)

Frieden im Nahen Osten: Zwischen virtueller Inszenierung und realer Blockierung – Ein Kommentar von Fritz Edlinger

Die interessierten Beobachter des politischen Geschehens im Nahen Osten sind in den letzten Wochen einem permanenten Wechselbad unterworfen worden. Einerseits versuchte der israelische Ministerpräsident Barak wieder einmal der Welt seine unbedingte Ent-



Quelle: Middle East International

»final status« zu unterzeichnen, stammt – man wird es nicht erraten – von Ehud Barak) hat der israelische Ministerpräsident der staunenden Weltöffentlichkeit vor kurzem wieder einmal eine seiner virtuellen Inszenierungen vorgeführt: In wenigen Wochen wird Israel die

Ausrufung eines palästinensischen Staates akzeptieren. Wen kümmert ob dieser sensationellen Ankündigung da noch die Kleinigkeit, dass man sich viele Jahre hindurch über die Details nicht einigen konnte und dass Barak gleich – gewissermaßen im Kleingedruckten seiner Ankündigung – Bedingungen nannte, welche für die Palästinenser schlicht und einfach unannehmbar sind. Schlagzeilen wie diese sollen offensichtlich davon ablenken, dass Barak für die »home-consumption« ganz andere Ankündigungen parat hat, wie beispielsweise seine Garantie an die 250 (oder sind es inzwischen vielleicht schon 300 oder gar 400?) rechtsradikalen und ultraorthodoxen Fanatiker in Hebron, auch nach einer endgültigen Regelung dort weiterhin leben zu können und von der israelischen Armee rund um die Uhr bewacht und geschützt zu werden. Höchstwahrscheinlich wollte Barak – von seinen internen Problemen ablenkend – wieder einmal »das Tempo des Friedensprozesses beschleunigen«.

Ausrufung eines palästinensischen Staates akzeptieren. Wen kümmert ob dieser sensationellen Ankündigung da noch die Kleinigkeit, dass man sich viele Jahre hindurch über die Details nicht einigen konnte und dass Barak gleich – gewissermaßen im Kleingedruckten seiner Ankündigung – Bedingungen nannte, welche für die Palästinenser schlicht und einfach unannehmbar sind. Schlagzeilen wie diese sollen offensichtlich davon ablenken, dass Barak für die »home-consumption« ganz andere Ankündigungen parat hat, wie beispielsweise seine Garantie an die 250 (oder sind es inzwischen vielleicht schon 300 oder gar 400?) rechtsradikalen und ultraorthodoxen Fanatiker in Hebron, auch nach einer endgültigen Regelung dort weiterhin leben zu können und von der israelischen Armee rund um die Uhr bewacht und geschützt zu werden. Höchstwahrscheinlich wollte Barak – von seinen internen Problemen ablenkend – wieder einmal »das Tempo des Friedensprozesses beschleunigen«.

Denn im September ist die Ausrufung des Staates Palästina – um ein Jahr später als ursprünglich angekündigt – ohnedies geplant.

Rückzug aus dem Libanon?

Der einseitige israelische Rückzug aus dem Libanon, fast 20 Jahre nach der israelischen Invasion und der Installierung der völlig von Israel abhängigen »Südlibanesischen Befreiungsarmee«, würde im Libanon zahlreiche offene Fragen und Probleme zurücklassen, ganz zu schweigen davon, dass er auch kaum wirklich der immer wieder beschworenen Sicherheit Nord-Israels dienen würde. So sehr auch der Druck der israelischen Öffentlichkeit zu verstehen ist, die endlich keine israelischen Gefallenen im Libanon mehr beklagen möchte, so würde dieser einseitige und unkoordinierte Rückzug wahrscheinlich die Situation eher noch verkomplizieren. Daran sieht man, wohin mit militärischer Logik zu kommen ist: Ein schwaches Land zu besetzen und teil-

weise zu kontrollieren ist einfach, sich von dort aber wieder zurückzuziehen und einigermaßen geordnete Zustände zu hinterlassen, übersteigt die eindimensionale Logik von Militärs, auch wenn diese inzwischen zu Ministerpräsidenten (oder auch Oppositionsführern wie der »Architekt« der israelischen Libanonpolitik, Ariel Sharon) aufgestiegen sind.


Syrien besteht auf einen ehrenhaften Frieden

Die israelische Regierung wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass das libanesische Problem ohne einen umfassenden israelisch-syrischen Friedensvertrag kaum zu lösen ist.

Und hier waren unmittelbar vor dem Treffen Clinton-Assad die meisten Beobachter recht zuversichtlich. Auch Patrick Seale, einer der besten europäischen Syrien-Kenner und Biograph von Hafez Assad, hat in einem Vortrag in Wien wenige Tage vor diesem Treffen einen baldigen

Inserieren Sie im GÖAB-Bulletin!

| | | |
|-----------------------|---|-------------|
| Herausgeber: | Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen (GÖAB) | |
| Erscheinungsweise: | vier- bis sechsmal jährlich | |
| Auflage: | 5.000 | |
| Zielgruppe: | Mitglieder (Sponsoren, Firmen- und Einzelmitglieder) der GÖAB, Diplomaten, Angehörige internationaler Organisationen und öffentlicher Verwaltungen sowie Interessenten und Journalisten | |
| Anzeigentarife: | 1/1 s/w: | öS 10.000,- |
| | 1/2 s/w: | öS 5.000,- |
| Farbzuschlag: | 25 % pro Farbe | |
| Platzierungszuschlag: | 50 % für die 4. Umschlagseite | |
| | 25 % für die 2. und 3. Umschlagseite | |



Palästinensische Gesundheitsstudie erschienen!

Ich bestelle:

..... Exemplar(e) der Studie
»The Palestinian Health System: An Updated Overview«
zum Preis von öS 80,-/Stk.

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Durchbruch erwartet. Das unmittelbare Ergebnis war dann allerdings enttäuschend. Offensichtlich haben viele die Konsequenz der Syrer unterschätzt, die sich in territorialer Hinsicht zu keiner Konzession bereit erklärt haben. Präsident Assad, der in anderen Bereichen durchaus Entgegenkommen signalisiert hat, besteht nach wie vor auf die vollständige Rückgabe jener Gebiete, welche beim Ausbruch des Sechstage-Krieges im Juni 1967 syrisches Territorium waren und von Israel besetzt wurden.

Viele Beobachter zeigten sich von dieser Haltung überrascht. Anscheinend hat man vielerorts zu sehr der Theorie vertraut, wonach der alternde und kranke syrische Präsident den historischen Frieden noch selbst abschließen möchte. Diese Hoffnung mag eine Rolle spielen, aber die Verteidigung syrischer Ansprüche und die Absicht, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen, sind offensichtlich doch wichtiger. Nicht von ungefähr wird Syrien als härtester Brocken im Nahost-Friedensprozess betrachtet. Die Syrer existieren schon so lange Zeit im Spannungszustand mit ihrem südwestlichen Nachbarn, dass einige Jahre Auf oder Ab für sie offensichtlich nicht jene Rolle spielen, wie es viele erwartet haben.

Im Unterschied zu den Palästinensern und zu Jordanien, möchte Syrien genauso viel erreichen wie Ägypten, welches von Israel sein gesamtes erobertes und besetztes Territorium zurück erhalten hat. Wer jetzt von dieser harten Haltung Syriens überrascht ist, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er/sie die syrische Politik vielleicht zuwenig analysiert hat.

Auch die immer wieder lancierten Gerüchte über die Ungewißheit der weiteren innenpolitischen Entwicklung in Syrien, über die Schwäche eines Nach-Assad-Systems etc. sind eher der Kategorie der propagandistischen Kriegsführung zuzuordnen, als dass sie der Realität entsprechen.

Zweifel an der Paktfähigkeit Israels

Aus meiner Sicht sind in erster Linie Zweifel an der Berechenbarkeit und Paktfähigkeit der israelischen Regierung angebracht. Zum einen ist da die völlige Unsicherheit über den Ausgang des Referendums über einen israelischen Rückzug vom Golan. Aber weitaus bedenklicher und alarmierender ist der gesamte Zustand der Regierung Barak. Diese verfügt zwar über eine große rechnerische Mehrheit in der Knesseth,

wenn man sich aber die Haltung einzelner Koalitionsparteien zu den fundamentalen Fragen eines Friedens mit Syrien ansieht, so sind größere Zweifel angebracht. Am alarmierendsten ist jedoch der derzeitige innere Zustand der israelischen Regierung. Es existiert ein kaum überbrückbarer Konflikt zwischen den rechten bzw. religiösen Koalitionsparteien Shas (17 Sitze in Parlament), Nationalreligiöse Partei (5 Sitze) und der »Russenpartei« B'Aliyah (4 Sitze), welche territoriale Kompromisse weitgehend ablehnen, und der linken Meretz (10 Sitze), welche wiederum für territoriale Zugeständnisse zu haben ist. Das Problem Baraks, dessen eigene Liste (»One Israel« besteht nicht nur aus Abgeordneten der Arbeitspartei, sondern auch aus solchen anderer Parteien und Unabhängigen) lediglich über 26 Sitze in der Knesseth verfügt, besteht darin, dass er in seiner eigenen Regierung kaum eine Mehrheit für einen wirklich umfassenden und die arabische Seite zufriedenstellenden Frieden hat. Verschiedenste Stellungen von Regierungsparteien sowie die eine oder andere Abstimmungsniederlage im Parlament unterstreichen die äußerst labile Situation dieser Regierung. Barak würde unter den gegebenen innenpolitischen Bedingungen für ei-

nen wirklich fairen Friedensvertrag mit den Syrern (das Gleiche trifft auch auf die Palästinenser zu) kaum eine Mehrheit im Parlament finden, nicht einmal dann, wenn er sich auf die Stimmen der Kommunisten der beiden arabischen Listen verlassen könnte. Die derzeitige Lage ist höchst unsicher und es wird großer Anstrengungen bedürfen, die derzeitige Regierungskoalition zusammenzuhalten. Ob dies eine geeignete Basis darstellt, einen umfassenden und fairen Frieden mit Syrien und Libanon abzuschließen sowie eine Fortsetzung des extrem verzögerten Friedensprozesses mit den Palästinensern zu garantieren, ist sehr zu bezweifeln.

Ehud Barak kennt seine Situation natürlich genau und hat sich daher dazu entschlossen, seine virtuelle Politik der Ankündigungen und In-Aussicht-Stellungen fortzuführen. Es stellt sich allmählich die Frage, worin denn eigentlich in außen- und friedenspolitischer Hinsicht der wesentliche Unterschied zwischen Labour und Likud bzw. zwischen Barak und Netanyahu besteht. Für alle Betroffenen bleibt die Hoffnung, dass dieser Unterschied letztlich doch gravierender sein wird als nur in der besseren Handhabung von public relations und offizieller Desinformation. ❖

GÖAB-Wirtschaftsinformationen

Die Firmenmitglieder der GÖAB erhalten diesen rund 14tägig erscheinenden Informationsdienst über aktuelle Entwicklungen kostenlos. Für Einzel- bzw. Nichtmitglieder nur gegen Abobestellung erhältlich. (Preis des Jahresabos: öS 1.500,-) Probehefte gratis!

Ich bestelle Probeheft/e Jahresabo

Name/Firma:

Adresse:

Unterschrift:

Herbert Strunz/
Monique Dorsch

LIBYEN – ZURÜCK AUF DER WELTBÜHNE

*Peter Lang – Europäischer Verlag der
Wissenschaften, Frankfurt/Main 2000,
340 Seiten, 55 Tabellen, Schriftenreihe
»Internationale Märkte«, DM 98,-*

Basierend auf der Resolution S/RES/731 (1992) der Vereinten Nationen gegen den Terrorismus verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution S/RES/748 (1992), worin Libyen aufgefordert wurde, die beiden für den Absturz einer amerikanischen Passagiermaschine der Linie Pan American über britischem Hoheitsgebiet als verantwortlich betrachteten libyschen Staatsbürger amerikanischen bzw. britischen Gerichten zu übergeben. Ferner verlangt diese Resolution die Auslieferung fünf weiterer Libyer, die den Absturz einer französischen Passagiermaschine der Gesellschaft UTA über dem Hoheitsgebiet der Republik Niger herbeigeführt haben sollen. Da sich Libyen bis Anfang April dieses Jahres weigerte, die in Resolution S/RES/748 (1992) gestellten Forderungen zu erfüllen, verhängten die Vereinten Nationen am 15. April 1992 ein bislang noch nicht aufgehobenes Embargo gegen Libyen. Die Versorgungswirtschaft des Landes, unter anderem auch der medizinische Bereich, wurde dadurch nicht unerheblich getroffen.



Dieser Band, der von Herbert Strunz herausgegeben wird, beschreibt die angespannte Situation zwischen Libyen und den betroffenen Staaten und untersucht die Auswirkungen der Politik Muammar al-Gaddafis sowie der UN-Maßnahmen auf die libysche Volkswirtschaft, die Versorgungslage und die internationalen Handelsbeziehungen. Besonderes Augenmerk wird den Möglichkeiten und Perspektiven von Unternehmern gewidmet, die an Geschäftsbeziehungen mit Libyen – jetzt und nach der Erhebung des Embargos – interessiert sind. Unter anderem enthält der Band folgende Kapitel: Die politische Entwicklung; Die volkswirtschaftliche Entwicklung; Wirtschaftsbeziehungen und Außenhandel; Ausblick; Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen Situation Libyens; Sanktionen: Wirkungsweise und Perspektiven.

Die AutorInnen sind im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Westsächsischen Hochschule Zwickau tätig.

Die Studie wurde im Auftrag der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen durchgeführt und von der Österreichischen Nationalbank finanziert. ❖

Bestellungen richten Sie bitte direkt an den Verlag:
PETER LANG – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Eschborner Landstraße 42-50, D-60489 Frankfurt/Main.
Tel: +49/69/780705-0
Fax: +49/69/780705-50
E-mail: 101622.27@compuserve.com

VOEST ALPINE BAUT HBI ANLAGE IN SUEZ

Die Voest Alpine Industrieanlagenbau (VAI) unterzeichnete mit der Suez Iron Company einen Letter of Intent für den Bau einer Finmet-Direktreduktionsanlage in Suez, in der jährlich 1,15 Millionen Tonnen Eisenschwammbricketts (HBI-Hot Briquetted Iron) produziert werden sollen. Der Auftragswert beläuft sich auf 3,9 Milliarden Schilling. Die Anlage wird in unmittelbarer Nähe des kürzlich in Betrieb gegangenen Stahlwerkes errichtet, das von der Voest Alpine für die Suez Steel Company, einer Schwestergesellschaft von Suez Iron, gebaut wurde.

Die neue Direktreduktionsanlage wird weltweit die dritte Anlage sein, die diese Technologie verwendet. Die erste Anlage, die von der VAI in Westaustralien gebaut wurde, hat im Frühjahr 1999 ihren Betrieb erfolgreich aufgenommen. Eine weitere Anlage, jene in Venezuela, befindet sich derzeit in der Fertigstellungsphase. Nach Angaben von Voest Alpine kann durch Verwendung der Finmet Technologie eine wesentlich höhere Wirtschaftlichkeit erzielt werden.

Suez Steel wurde von lokalen Institutionen 1996 gegründet und konnte sein Kapital durch öffentliche Anleihen bereits um 30 Prozent erhöhen. Suez Iron befindet sich noch in der Gründungsphase. Geschäftsführer beider Gesellschaften ist Aziz Sedki, der während der Amtszeit des ägyptischen Präsidenten Nasser Industrieminister und Premierminister war. ❖

(Quelle: MEED-News)

BAWAG –
durch die Bank
besser.

www.bawag.com





INTERNATIONAL

- Österreichs einzige Zeitschrift für internationale Politik – seit 20 Jahren
- regelmäßige Analysen und Interviews über den Nahost-Konflikt
- Berichterstattung abseits von Schlagzeilen und Tagesjournalismus

Bitte einschicken an: International, Zollergasse 30, 1070 Wien

Ja, ich bestelle:

- 1 Probe-Exemplar der letzten Ausgabe
- Jahresabonnement(s) à öS 300,-
(Porto für Auslandsabos wird extra verrechnet)

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

OPEC-EINIGUNG: SAUDI-ARABIEN SETZT FÖRDERQUOTEN DURCH

Ende März haben sich die OPEC-Länder in Wien auf eine Ausweitung der Förderquoten um gut sieben Prozent verständigt. An den Rohwarenmärkten glitten die Terminpreise für Erdöl deutlich zurück. Der prinzipielle Widerstand Irans gegen eine Erhöhung des Rohöl-Angebots der OPEC-Mitglieder ließ sich allerdings nicht ausräumen, so dass die jüngste Vereinbarung nur von neun der elf Kartellmitglieder getragen wird. Konkret sieht die Übereinkunft vor, dass die maximale Tagesförderung um 7,4 Prozent auf 21,07 Millionen Fass heraufgesetzt wird. Iran, das bisher eine Tagesquote von 3,36 Millionen Fass ausschöpfen durfte, wurde eine Ausdehnung der Förderung um 0,26 Millionen Fass auf 3,62 Millionen Fass pro Tag zugebilligt. Die verärgerten iranischen Vertreter erklärten am Rande der Konferenz, dass sie sich frei fühlen würden, ihre nunmehr inoffizielle Quote zu unter- oder zu überschreiten. Kommentatoren glauben, dass die Iraner einiges tun werden, um ihren Marktanteil innerhalb der OPEC zu verteidigen.

Der Ausgang der 109. OPEC-Konferenz kann als Hinweis dafür gelten, dass sich die Verhandlungsposition des OPEC-Schwergewichts Saudi-Arabien durchgesetzt hat. Die Iraner, die rund vier Fünftel ihres Haushaltes aus Erdöleinnahmen finanzieren und damit weit stärker vom Erdöl abhängig sind als die Industrieländer, konnten sich nicht durchsetzen. Experten gehen davon aus, dass bereits heute 1,2 bis 1,4 Millionen Fass pro Tag mehr verkauft werden, als dies die Länderquoten vorsehen.

Auf ein positives Echo stieß die jüngste Quotenerhöhung in den USA. ❖

VERBESSERTER STATUS DER AUSLÄNDER IN SAUDI-ARABIEN

Mit der Reformkraft von Kronprinz Abdallah ibn Abdelaziz hat die saudi-arabische Regierung kürzlich eine neue Investitionsordnung eingeführt, welche die Grundlagen zur Schaffung dringend notwendiger Arbeitsplätze legen soll. Auch wenn ein Bevölkerungswachstum von fast vier Prozent eine Abkehr von der Erdöl-zentrierten Wirtschaftsstruktur nahelegen sollte, ist in der Tat der Anteil des Nicht-Erdöl-sektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 1990 und 1997 von 64,7 Prozent auf 61,1 Prozent zurückgegangen. Das neue Gesetz soll nun ausländische Investoren zur Ankurbelung der Wirtschaft anziehen. Der Ernst der Lage spiegelt sich darin, dass der Kronprinz auch die diskriminierenden Bestimmungen zugunsten saudischer Bürger angetastet hat: Mit dem Inkrafttreten des Investitionsgesetzes ist nicht mehr jede physische Präsenz von Ausländern im Königreich, jede Investition und jedes Unternehmen von der Beteiligung eines saudischen Bürgers abhängig. Damit fällt besonders die emotional befrachtete Vorschrift, dass im Königreich der beiden heiligen Stätten des Islams einzig saudische Bürger – mithin Muslime – Boden und Gebäude besitzen können.

Laut Erklärung einer saudischen Presseagentur hat der Ministerrat die Gesetzesvorlage des Hohen Rates für Wirtschaftsplanung gebilligt – dieses Gremium ist eine Schöpfung des Kronprinzen zur Modernisierung des Landes. Das Gesetz erlaubt Ausländern den vollen Besitz von Unternehmen in Saudi-Arabien, dazu auch Immobilieneigentum im Rahmen ihrer Projekte und zur Unterbringung der entsprechenden Arbeitskräfte. Das impliziert auch den garantierten Zutritt ins Königreich. Bisher konnten Fremde ohne Zustimmung ei-

nes saudischen Bürgers überhaupt nicht einreisen und Jointventures waren umso höher besteuert, desto höher der ausländische Kapitalanteil war. Eine neu geschaffene Behörde für Investitionen führt die Aufsicht über solche Unternehmen. Man erwartet als erstes internationale Investitionen im Sektor der Erdölraffinerie und in der Petrochemie, während Erdölförderung und -prospektion dem Staat vorbehalten bleiben.

Die Regierung unterstrich ihre Ernsthaftigkeit, indem sie erstmals seit der Gründung des Königreichs Tourismus-Visa für nicht-arabische Ausländer einführte. Bisher war die Einreise muslimischen Pilgern – drei bis vier Millionen im Jahr – sowie Arbeitskräften und Experten vorbehalten. ❖

(Quelle: NZZ Online)

SAUDI-ARABIEN LÄSST SEIN RECHTSSYSTEM ÜBERPRÜFEN

Saudi-Arabien will sein Rechtssystem von einem Vertreter der Vereinten Nationen überprüfen lassen. Ein Mitarbeiter des Außenministeriums in Riad erklärte vor kurzem, der UNO-Jurist Param Cumaraswamy sei nach Saudi-Arabien eingeladen worden, um die Arbeitsweise der Gerichte kennen zu lernen. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hatte dem Land in einem am Freitag veröffentlichten Bericht systematische Verstöße gegen die Menschenrechte vorgeworfen. So werden nach Ansicht der Organisation Häftlinge in vielen Polizeiposten gefoltert oder in geheimen Verhandlungen verurteilt, ohne einen Anwalt hinzuziehen zu können. Der Mitarbeiter im Außenministerium erklärte, Cumaraswamy, ein Jurist aus Malaysia, könne das falsche Bild zur Menschenrechtslage in Saudi-Arabien korrigieren. ❖

(Quelle: NZZ Online)